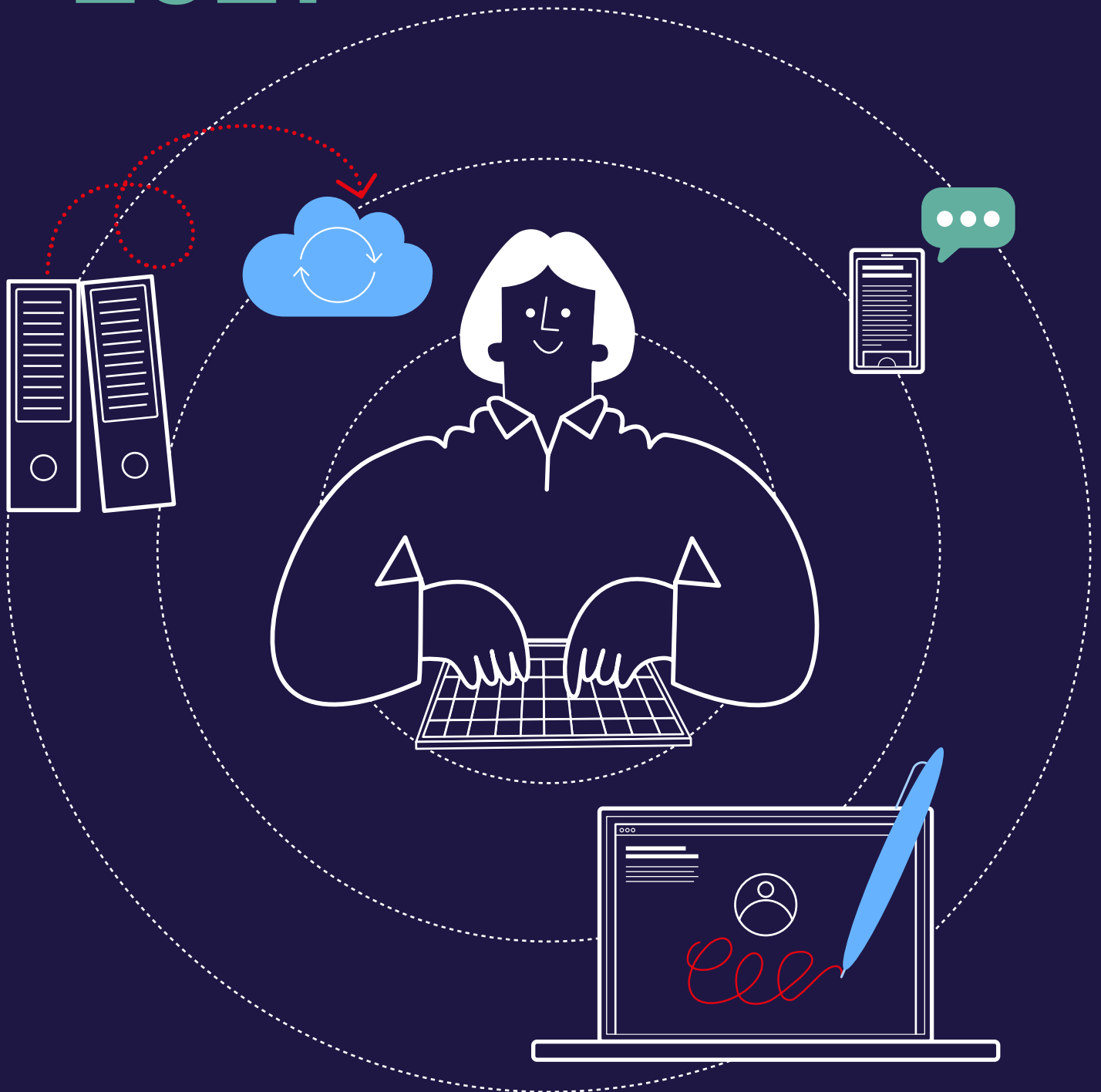




Digitale Verwaltung Schweiz
Administration numérique suisse
Amministrazione digitale Svizzera

Umsetzungsplan 2027





Umsetzungsplan DVS 2027

Datum 29. Oktober 2026

Inhaltsverzeichnis	1	Einleitung	2
	2	Übersicht strategische Schwerpunkte DVS	3
	3	Projekte Umsetzungsplan	5
	4	Leistungsschwerpunkte DVS	39
	5	Budget- und Planungsübersicht des Umsetzungsplans DVS (in CHF 1000)	43



1 Einleitung

Der Umsetzungsplan DVS 2027 konkretisiert die Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024–2027» für das Jahr 2027. Er legt fest, mit welchen Projekten und Leistungsschwerpunkten die DVS zur Umsetzung der strategischen Schwerpunkte und der dazugehörigen Ziele beiträgt. Gleichzeitig bildet er die Grundlage für die Planung und Steuerung der dafür vorgesehenen finanziellen Mittel.

Der Umsetzungsplan DVS 2027 wurde am 29. Oktober 2026 durch das politische Führungsgremium der DVS verabschiedet.

Er umfasst:

- die Übersicht über die strategischen Schwerpunkte der DVS in Kapitel 2;
- die Projekte, einschliesslich der Agenda Nationale Infrastrukturen und Basisdienste DVS (Agenda DVS), in Kapitel 3;
- die Leistungsschwerpunkte der DVS in Kapitel 4;
- die Budget- und Planungsübersicht in Kapitel 5.

2 Übersicht strategische Schwerpunkte DVS

Die sechs strategischen Schwerpunkte der Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024–2027» bilden den inhaltlichen Ordnungsrahmen für den Umsetzungsplan 2027. Die Projekte und Leistungsschwerpunkte werden diesen Schwerpunkten zugeordnet und leisten einen konkreten Beitrag zu deren Umsetzung.

Die nachstehende Übersicht fasst die strategischen Schwerpunkte zusammen.

Schwerpunkt	Beschreibung
1 Digitale Behördenleistungen schweizweit gemeinsam ausbauen	Das Leistungsangebot wird schweizweit ausgebaut. Die Gemeinwesen streben danach, ein umfassendes, durchgängiges und auf die Anspruchsgruppen ausgerichtetes Angebot digitaler Behördenleistungen über alle föderalen Ebenen hinweg zu schaffen. Um durchgängige digitale Leistungen zu erbringen, sollen die Organisationsgrenzen überwunden werden. Gemeinsam werden Behördenprozesse anhand ihres Potenzials ausgewählt und organisationsübergreifend und interoperabel ausgestaltet.
2 One-Stop-Government realisieren	Die Gemeinwesen bieten den Anspruchsgruppen nutzerorientierte Zugänge zu allen digitalen Behördenleistungen. Hierfür sollen alle notwendigen Interaktionen mit der Verwaltung dezentral über eine vertikal und horizontal integrierte interoperable Serviceplattformlandschaft (One-Stop-Government) erfolgen. Ein One-Stop-Government impliziert jedoch nicht, dass es schweizweit nur eine digitale Anlaufstelle gibt.
3 E-ID und Vertrauensinfrastruktur schweizweit einführen	Die staatlich anerkannte E-ID wird eingeführt. Sie ermöglicht es, die Identität mittels eines elektronischen Nachweises zu belegen. Die E-ID erfordert den Aufbau und Betrieb einer Vertrauensinfrastruktur über alle drei föderalen Ebenen hinweg, insbesondere ein staatliches Wallet sowie ein Basis- und Vertrauensregister.
4 Wertschöpfende Datennutzung fördern	Das Datenökosystem Schweiz wird weiterentwickelt, indem insbesondere die gemeinsame Datenbewirtschaftung und die Sekundärnutzung von Daten im Sinne von Datenräumen gefördert werden. Die Nutzung der Daten von Wissenschaft und Wirtschaft wird begünstigt, die internationale Anschlussfähigkeit wird sichergestellt. Schlüsselanwendungen werden in enger Abstimmung der Gemeinwesen gezielt gefördert und weiterentwickelt, um Erfahrungen und Lösungen zu multiplizieren. Dies führt zu einer weitergehenden Erschliessung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenzials des föderalen Datenmanagements.

5 Cloud-enabled-Government ermöglichen	Die Verwaltung sieht eine kombinierte Nutzung von Private- wie auch Public-Cloud-Infrastrukturen vor (hybrider Multi-Cloud-Ansatz). Um der Bedeutung und den Herausforderungen der Cloud-Technologie in der Anwendung im Verwaltungskontext gerecht zu werden, agieren Bund, Kantone, Städte und Gemeinden gemeinsam. Sie gehen die interdisziplinären Fragestellungen der Cloudnutzung ganzheitlich an, indem sie die Zivilgesellschaft, die Politik, die Wirtschaft und die Wissenschaft aktiv einbeziehen. Im Fokus stehen dabei die Themenfelder Recht, Datenschutz, Befähigung und digitale Souveränität.
6 Zusammenarbeit stärken und als vernetztes Gesamtsystem agieren	Die Gemeinwesen in der Schweiz treiben die Umsetzung von digitalen Behördenleistungen als vernetztes Gesamtsystem aktiv voran. Die interdisziplinäre fachliche Vernetzung wird mithilfe der DVS als Plattform forciert. Bund, Kantone, Städte und Gemeinden verständigen sich über eine verwaltungsübergreifende Gesamtarchitektur. Die für die zukunftsgerichtete Zusammenarbeit notwendigen Strukturen und Verbindlichkeiten werden geschaffen bzw. weiter gefestigt.

3 Projekte Umsetzungsplan

Dieses Kapitel beschreibt die im Rahmen des Umsetzungsplans DVS 2027 geführten Projekte. Die Projekte sind nach ihrem Beitrag zu den strategischen Schwerpunkten gegliedert. Die Projektsteckbriefe zeigen die verantwortlichen Organisationen, die für 2027 vorgesehenen Ergebnisse, die Laufzeit sowie die finanzielle Planung.

Bei übergeordneten Finanzierungsvorhaben werden die daraus finanzierten konkreten Projekte separat ausgewiesen. Die entsprechenden Beträge sind in den übergeordneten Vorhaben enthalten und werden in der Budgetübersicht nicht doppelt angerechnet.

3.1 Digitale Behördenleistungen schweizweit gemeinsam ausbauen

3.1.1 INM1.026: Neuausrichtung E-Voting

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK)

Kontakt: Oliver Spycher; oliver.spycher@bk.admin.ch /

Bettina Eling; bettina.eling@bk.admin.ch mailto:/ Evelyn Mayer; evelyn.mayer@bk.admin.ch

Beschreibung:

Bund und Kantone entwickeln einen stabilen Versuchsbetrieb der elektronischen Stimmabgabe mit vollständig verifizierbaren Systemen. Die Systeme und deren Betrieb werden im Auftrag der Bundeskanzlei überprüft. Die Versuche werden laufend ausgewertet und Handlungsbedarf zur Stärkung von Sicherheit und Vertrauen identifiziert und angegangen. Die Kantone werden bei der Einführung von E-Voting optimal unterstützt.

Massnahmen/Lieferobjekte:

Massnahmen	Beschreibung	Status 2027
M1	Realisierung unabhängiger Verifier (A.4)	Umsetzung
M2	Realisierung von Kontrollkomponenten (A.4)	Umsetzung
M3	Realisierung der Anpassung des Printoffice (A.5)	Umsetzung
M4	Realisierung eines Public Bulletin Boards (A.6)	Umsetzung
M5	Reduktion der Abhängigkeiten von externer Software im System der Post (A.10)	Umsetzung
M6	Weiterentwicklung symbolischer Beweise zur Konformität des kryptografischen Protokolls (A.12)	Umsetzung
M7	Verzicht im Zusammenhang mit dem SGSP-Problem (A.13)	Umsetzung
M8	Verzicht auf den Geltungsbereich «Stimmberechtigung für die Bildung von Zählkreisen» (A.14)	Umsetzung
M9	Stärkere Ausrichtung der Implementierung der Crypto-Primitives an den Designprinzipien der objektorientierten Programmierung (A.15)	Umsetzung
M10	Harmonisierung der Terminologie zwischen Bund, Kantonen und Post (A.17)	Umsetzung
M11	Dokumentation der Bezüge zwischen den betrieblichen Anleitungen der Kantone, dem kryptografischen Protokoll und den Anforderungen der VEleS (A.18)	Abgeschlossen
M12	Aufsetzen von Urnengängen anhand der eCH-Dateien für die öffentliche Überprüfung (A.20)	Abgeschlossen
M13	Verbesserung der Möglichkeiten zur unabhängigen Untersuchung von Vorfällen (B.13)	Abgeschlossen



Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	572'548	627'121	1'949'970	1'824'161	4'973'800

3.1.2 INM1.059: Betrieb ch.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK)**Kontakt:** André Do Canto; andre.docanto@bk.admin.ch**Beschreibung:**

Das Informationsportal ch.ch ist die zentrale Einstiegsseite zu Informationen und Dienstleistungen der Schweizer Behörden und leistet dadurch einen wichtigen Beitrag für die Bevölkerung. Es gibt leicht verständliche Antworten in fünf Sprachen auf Fragen, die den Behörden oft gestellt werden. Am meisten genutzt werden die Seiten mit Informationen zu Verkehrsfragen, zum Arbeitsrecht, zur Altersvorsorge sowie zum Zoll. Einen Schwerpunkt legt ch.ch überdies auf Informationen zum politischen System der Schweiz.

Dank der Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden hilft ch.ch, den Zugang zu digitalen Behördenangeboten für die Bevölkerung laufend zu verbessern. Die Inhalte werden fortlaufend gepflegt und weiterentwickelt. ch.ch ist suchmaschinenoptimiert.

Alle vier Jahre finden die eidgenössischen Wahlen statt. Das Wahlportal auf ch.ch bietet ab Herbst 2026 wiederum ausführliche Informationen zum Wahlprozedere und zu den Wahlergebnissen im Jahr 2027.

Das Informationsportal ch.ch ist eine wichtige Basis für den kontinuierlichen Wissensaustausch und die Vernetzung der Kantone, den Gemeinden und vom Bund. Wichtige Plattformen diesbezüglich sind zum Beispiel das «Forum Digitale Kommunikation» und die Arbeitsgruppe «Analytics».

Massnahmen/Lieferobjekte:

Massnahmen	Beschreibung	Status 2027
M1	Contentpflege und Plattformbetrieb	Umsetzung
M2	Erneuerung der Beschaffungsgrundlage	Abgeschlossen
M3	DVS-spezifischer Content zu Digitalisierungsthemen	Umsetzung
M4	Anlässe Forum Digitale Kommunikation	Umsetzung
M5	Arbeitsgruppe Analytics - föderale Arbeitsgruppe	Umsetzung

Endtermin: 31.12.2027**Budget/Planung (in CHF)¹:**

	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		720'000	570'000	700'000	1'990'000

¹Ab 2025 ist der Betrieb gesondert als INM1.059 aufgeführt; In den Vorjahren war der Betrieb ch.ch. unter INM1.060 M0

3.1.3 INM1.060: Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern (Weiterentwicklung ch.ch)

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK)

Kontakt: André Do Canto; andre.docanto@bk.admin.ch

Beschreibung:

Das Informationsportal der Schweizer Behörden ch.ch unterstützt strategische Initiativen im Kontext der digitalen Behördenangebote. In den Jahren 2025 bis 2027 soll ch.ch dabei mit konkreten Massnahmen die Ziele der DVS-Strategie unterstützen.

Massnahmen/Lieferobjekte:

Massnahmen	Beschreibung	Status 2027
M1	Analyse bestehender Standards (z.B. eCH-0049 oder eCH-0070) im Rahmen des Zugangs zu Behördenleistungen	Abgeschlossen
M2	Weiterentwicklung der bestehenden Standards (z.B. eCH-0049 oder eCH-0070) im Rahmen des Zugangs zu Behördenleistungen	Voraussichtlich abgeschlossen
M3	Bundes- und Kantonsleistungen auf ch.ch (Grundlage I14Y)	Umsetzung
M4	KI-Studie	Abgeschlossen
M5	KI Chatbot	Umsetzung
M6	Labor ch.ch	Umsetzung
M7	Konzept Finanzierung	Umsetzung

Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF)²:

	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	890'000	280'000	430'000	300'000	1'900'000

² Der Betrieb ch.ch. ist unter INM1.060 M0; Ab 2024 ist der Betrieb gesondert als INM1.059 aufgeführt;

3.1.4 INM1.902: Anschubfinanzierung «sichere Zustellplattform(en)»

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle DVS**Kontakt:** Sabina Steiner; sabina.steiner@digitale-verwaltung-schweiz.ch**Beschreibung:**

Die sichere und rechtskonforme elektronische Zustellung von Verfügungen ist ein grosses Bedürfnis in der Verwaltung von Kanton und Gemeinden. Die Geschäftsstelle DVS führte im Jahr 2025 ein Vorprojekt zum Thema «sichere/anerkannte Zustellplattform(en)» durch. Dabei wurde die Ist-Situation erhoben, das rechtliche Umfeld analysiert und eine Marktanalyse durchgeführt. Mit den Ergebnissen wird ein Strategiebericht erstellt, um weitere Projekte zur Anschubfinanzierung sichere Zustellplattformen zu eruieren. Durch die gleichzeitige Koordination mit dem Projekt «Digitaler Kundenshalter im Thurgau: Zertifizierung als anerkannte Plattform» werden der Know-how-Transfer und die Wiederverwertbarkeit der Ergebnisse sichergestellt.

Das Vorprojekt wurde 2026 abgeschlossen. Die im Vorprojekt definierten Massnahmen werden im Projekt «Massnahmenportfolio und Vorabklärung nationale Plattform E-Zustellung» koordiniert angestossen bzw. gesteuert.

Massnahmen/Lieferobjekte:

Massnahmen	Beschreibung	Status 2027
M1	Vorprojekt	Abgeschlossen
M2	Umsetzungsmassnahmen des Vorprojekts	Umsetzung

Endtermin: 31.12.2027**Budget/Planung (in CHF)³:**

	2024	2025	2026	2027	Total
Vorprojekt (M1)		240'000			240'000
Hauptprojekt (M2)			1'440'000	1'500'000	2'940'000
Total		240'000	1'440'000	1'500'000	3'180'000

³ INM1.083:» Digitaler Kundenshalter im Thurgau: Zertifizierung als anerkannte Zustellplattform» ist Teil dieser Umsetzung

3.1.5 INM1.071: Schweizweite Betreibungsregistrauskunft

Leistungsverantwortliche Organisation: Konferenz der Stadtammänner von Zürich (KdSZ)

Kontakt: David Habegger; david.habegger@hispeed.ch

Beschreibung:

Die Ausfertigung der Betreibungsregistrauskunft ist einer der häufigsten Geschäftsvorfälle in der Verwaltung. In aktuellen Betreibungsregistrauszügen sind nur diejenigen Betreibungsverfahren verzeichnet, die in dem Betreibungskreis laufen, in dem der Auszug bestellt wird. Neu soll eine Betreibungsregistrauskunft über alle 366 Ämter der Schweiz ausgestellt werden (BRA CH). Einerseits wird für die Bevölkerung die Einholung einer Betreibungsaukunft einfacher. Andererseits wird damit dem Missbrauch der Betreibungsregistrauskunft durch geeignete Massnahmen ein Riegel geschoben und Betrugsfällen durch Schuldner vorgebeugt. Zudem sollen die Betreibungsämter durch eine voll-digitale Abwicklung der Selbstauskünfte entlastet werden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

Massnahmen	Beschreibung	Status 2027
M0	Projektmanagement	Umsetzung
M1/M2	Erstellung der Spezifikation	Umsetzung
M3	Umsetzung Prototyp	Abgeschlossen
M4	Beschaffung	Umsetzung
M5	Umsetzung Amt-Software	Umsetzung
M6	Migration von Registrauzugs-Bestandesdaten	Umsetzung
M7	DB schweizweiter Betreibungsregistrauzug umsetzen	Umsetzung
M8	Portal schweizweiter Betreibungsregistrauzug umsetzen	Umsetzung
M9	Verifikation umsetzen	Umsetzung
M10	Definition, Aufbau und Schulung der Governance und der Betriebsorganisation inkl. aller betrieblichen Rollen	Umsetzung
M11	Durchführen von einem oder mehreren Piloten (z.B. mit einem Kanton oder einem Amts-Software-Lieferanten)	Umsetzung

Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	300'000	700'000	1'300'000	1'300'000	3'600'000

3.1.6 INM1.082: Erstellung und Einlieferung kommunaler Services in ein beliebiges kantonales Portal

Leistungsverantwortliche Organisation: Schweizerischer Gemeindeverband (SGV)

Kontakt: Jürg Kubli; juerg.kubli@mynigmeind.ch

Beschreibung:

Den Gemeinden wird ein Umsetzungsinstrument für die Erstellung von kommunalen Services inklusive erste Services zugänglich gemacht. Dieses Umsetzungsinstrument deckt auch die fachliche Zusammenarbeit mit den Public Innovators (kommunale Verwaltungsmitarbeitende) ab. Die bestehenden kantonalen Gemeindeverbände werden als wichtige Bindeglieder und Multiplikatoren eingesetzt. Für die Einwohnerinnen und Einwohner werden mit diesem Vorgehen kommunale Services bereitgestellt. Diese werden kundenorientiert auf einem kantonalen, meist bereits bestehenden Portal angeboten. Das ermöglicht eine nahtlose Integration und stellt sicher, dass Einwohnerinnen und Einwohner sowie Unternehmen auf effektive Weise von Dienstleistungen aus allen föderalen Ebenen profitieren können.

Das fachliche und technische Konzept als Grundlage wurde bereits erarbeitet und die daraus entstandenen Entwicklungen befinden sich seit zwei Jahren im Kanton Aargau (Fit4Digital) in Betrieb.

Massnahmen/Lieferobjekte:

Massnahmen	Beschreibung	Status 2027
M1	Klären erster grundsätzlicher Fragestellungen	Abgeschlossen
M2	Aufzeigen von kommunalen Zusammenarbeits-Varianten auf der Basis der Erfahrung in anderen Kantonen	Abgeschlossen
M3	2025 und 2026 als Basis für die zu erarbeitenden Ergebnisse	Abgeschlossen
M4	Sicherstellung und Koordination des Einbezugs des Projekt- und Fach-ausschusses für den gesamten Aufbau. Weiterentwicklung des Vertriebsmodelles an die Gemeindeorganisationen. Wahl der Handlungsform. Definition der Finanzierung. Erarbeiten eines Schulungskonzepts. Kontinuierliche Weiterentwicklung und Abstimmung.	Umsetzung
M5	Zusammenstellen eines Projektteams für den Aufbau der Gemeindeorganisation	Abgeschlossen
M6	Prüfen, ob auf bestehende Zusammenarbeiten aufgebaut werden kann	Abgeschlossen
M7	Vorbereiten und Durchführen eines Public Innovators Kickoff für die Bekanntgabe der fachlichen Zusammenarbeit und die Sammlung von Service-Ideen, welche als Basis für das Service-Inventar genutzt werden	Abgeschlossen
M8	Laufende Abstimmung mit den wichtigen Stakeholdern. Unterstützen bei technologischen Fragestellungen für die Einlieferung von kommunalen Services in kantonales Portal oder Gemeinde-Webseiten	Abgeschlossen
M9	Erarbeiten des Kommunikationskonzepts aus Sicht der Gemeinden	Abgeschlossen
M10	Aufbau der Systeme sowie Onboarding der First-Mover-Gemeinden	Abgeschlossen
M11	Mithilfe eines Formular-Designers werden die Services kreiert. Schnittstellen werden zusammen mit den Softwareanbietern bereitgestellt. Einrichten des Gemeinde-Cockpits. Durchführung von Schulungen und Testings.	Umsetzung
M12	Integration in die bestehenden kantonalen Portale und Gemeinde-Webseiten. Umsetzen der Anbindung an Microservices (mein Konto, Authentification, Messaging Service, usw.)	Abgeschlossen
M13	Bereitstellen der Organisation. Erbringung der notwendigen Supportleistungen	Abgeschlossen
M14	Die ersten 5 kommunalen Services gehen auf einem kantonalen Portal und/oder auf einer Gemeinde-Webseite live	Abgeschlossen
M15	Die 5 umgesetzten kommunalen Services werden in anderen Kantonen als Basis für die Umsetzung genutzt und entsprechend angepasst	Abgeschlossen
M16	Die fachliche Weiterentwicklung der bestehenden Services und Entwicklung neuer Services wird mit den Public Innovators sichergestellt. Die Services werden betrieben und supportet.	Umsetzung



Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	93'085	509'419	247'495	210'000	1'060'000

3.1.7 INM1.087: Vorprojekt zum Aufbau einer E-Collecting-Infrastruktur⁴**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundeskanzlei (BK)**Kontakt:** Oliver Spycher; oliver.spycher@bk.admin.ch /

Bettina Eling; bettina.eling@bk.admin.ch / Evelyn Mayer; evelyn.mayer@bk.admin.ch

Beschreibung:

E-Collecting bezeichnet ein digitales Verfahren, mit dem Volksinitiativen und fakultative Referenden in den politischen Prozess eingebracht werden können. Um die verschiedenen E-Collecting-Aktivitäten zu koordinieren, hat die BK am 5. Mai 2025 ein E-Collecting-Programm initialisiert. Das Vorprojekt ist Bestandteil dieses Programms (entspricht der Initialisierungsphase) und enthält die Erarbeitung der Grundlagen. Es sollen grundlegende Fragen geklärt (Zielbild, Verantwortlichkeiten, rechtliche Grundlagen, Architektur, Schnittstellen) und Lösungsansätze geprüft werden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

Massnahmen	Beschreibung	Status 2027
M1	Durchführung partizipativer Prozess/Dialog, inkl. Hackathon, unter Einbezug aller Staatsebenen	Voraussichtlich abgeschlossen
M2	Ausarbeitung der Rechtsgrundlagen	Voraussichtlich abgeschlossen
M3	Ergebnisbericht zu Vorprojekt, Erarbeitung Durchführungsauftrag	Voraussichtlich abgeschlossen

Endtermin: 31.12.2026**Budget/Planung (in CHF):**

	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		300'000	300'000		600'000

Hinweis: Das Vorhaben wird voraussichtlich Ende 2026 abgeschlossen. Aufgrund der Verabschiedung des Umsetzungsplans im Oktober 2026 wird es aus Gründen der Vollständigkeit und Nachvollziehbarkeit weiterhin ausgewiesen.

⁴ Dieses Vorprojekt ist Teil des Programms «E-Collecting» der Bundeskanzlei

3.1.8 INM1.906: Grundlagen für die kooperative Entwicklung von Serviceangeboten

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle DVS**Kontakt:** Sabina Steiner; sabina.steiner@digitale-verwaltung-schweiz.ch**Beschreibung:**

Digitale Behördenleistungen sollten als Baukasten schweizweit gemeinsam ausgebaut werden. Die Verwaltungen verständigen sich auf Behördenleistungen, die eng koordiniert digital gemeinsam umgesetzt werden; Digitale amtliche Bescheinigungen wie die Wohnsitzbescheinigung, der Strafregisterauszug oder der Betreibungsregisterauszug sind standardisiert und schweizweit sowie international durchgängig digital in die Prozesse von Verwaltung und Privatwirtschaft integrierbar. Standardisierungsmöglichkeiten und Best Practices sind bekannt und es wird geklärt, ob ein gemeinsames Repository aufgebaut werden soll.

Der Nutzen für die User liegt darin, dass digitale Behördenleistungen durch den Baukasten-Ansatz schweizweit einheitlich und benutzerfreundlich gestaltet werden. Die Verwendung von gemeinsamen Design-Standards und Best Practices stellt sicher, dass die Dienste übersichtlich, intuitiv und leicht zugänglich sind – unabhängig davon, in welcher Region die User diese nutzen. Das erhöht die Benutzerfreundlichkeit und erleichtert es Bürgern und Unternehmen, sich im digitalen Angebot zurechtzufinden.

Als Grundlage soll in einem Vorprojekt ein nach einheitlichen Standards erhobenes Inventar an bestehenden digitalen Behördenleistungen erarbeitet werden. Mit einer einheitlichen Systematik für die Inventarisierung der Behördenleistungen können Bund und Kantone erkennen, welche Behördenleistungen schon bestehen und von weiteren Kantonen (adaptiert) übernommen werden könnten.

Massnahmen/Lieferobjekte:

Massnahmen	Beschreibung	Status 2027
M1	Vorprojekt	Umsetzung
M2	Hauptprojekt(e)	Umsetzung

Endtermin: 31.12.2027**Budget/Planung (in CHF):**

	2024	2025	2026	2027	Total
Vorprojekt (M1)			200'000		200'000
Hauptprojekt (M2)			300'000	1'000'000	1'300'000
Total			500'000	1'000'000	1'500'000

3.1.9 INM1.908: Unterstützung Umsetzung E-Collecting für alle Gemeinwesen

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei**Kontakt:** Oliver Spycher; oliver.spycher@bk.admin.ch /

Bettina Eling; bettina.eling@bk.admin.ch / Evelyn Mayer; evelyn.mayer@bk.admin.ch

Beschreibung:

E-Collecting bezeichnet ein digitales Verfahren, mit dem Volksinitiativen und fakultative Referenden in den politischen Prozess eingebracht werden können. Um die verschiedenen E-Collecting-Aktivitäten zu koordinieren, hat die BK am 5. Mai 2025 ein E-Collecting-Programm initialisiert. Im Rahmen des Vorprojekts (Initialisierungsphase, INM 1.087) wurden grundlegende Fragen geklärt und Umsetzungsvarianten geprüft. Mit dem Variantenentscheid und der Phasenfreigabe startet die Umsetzungsphase des Programms. Im Rahmen der Umsetzungsphase wird die Durchführung erster Versuche mit E-Collecting vorbereitet und umgesetzt.

Massnahmen/Lieferobjekte:

Massnahmen	Beschreibung	Status 2027
M1	Beginn Phase «Konzept»	Umsetzung
M2	Konzept wissenschaftliche Begleitung	Umsetzung
M3	Rechtsetzung: Ausarbeitung Rechtsgrundlagen	Umsetzung
M4	Erstellung Systemkonzept	Umsetzung
M5	Finanzen: Die Finanzierung der Realisierungsphase ist gesichert	Umsetzung
M6	Erarbeitung Lösungsarchitektur	Umsetzung
M7	Einbindung Kantone / Gemeinden: Gemeinden und Kantone für Versuchsbetrieb gewinnen	Umsetzung
M8	Übrige Konzepte (Integrationskonzept, Einführungskonzept, Testkonzept, ISDS-Konzept, Organisationskonzept) und Planung Folgephase erarbeiten	Umsetzung

Endtermin: 31.12.2027**Budget/Planung (in CHF):**

	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag			1'000'000	6'400'000	7'400'000

Hinweis: Die für 2026 und 2027 eingeplanten Mittel werden erst freigegeben, wenn der Variantenentscheid gefällt, die Phasenfreigabe erteilt und die Leistungsvereinbarung für die Umsetzungsphase durch das operative Führungsgremium (OFG) bewilligt ist.

3.2 One-Stop-Government realisieren

3.2.1 INM3.061: Umsetzung eines Authentifizierungsdienst der Schweizer Behörden (AGOV)

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK-DTI)

Kontakt: Philipp Dasen; philipp.dasen@bk.admin.ch

Bemerkung: AGOV ist Teil des Programms E-ID und eine wichtige Komponente in der Vertrauensinfrastruktur.

Beschreibung:

Der Bund betreibt ein Authentifizierungssystem bei dem die e-ID als Zugangsmittel zu angeschlossenen Diensten oder Anwendungen genutzt werden kann. Dieses System zur Authentifizierung steht Bund, Kantonen und Gemeinden zur Verfügung und unterstützt die Mehrfachnutzung von elektronischen Identitäten in der Schweiz. Vorgesehen ist eine «Proof of Concept» (PoC) Umgebung eines Identitätsverbunds inklusive CH-LOGIN, edu-ID und kantonaler Identitätsprovider (IdP) im Jahr 2023 und die operative Nutzung ab 2024.

Massnahmen/Lieferobjekte:

Massnahmen	Beschreibung	Status 2027
M1	Studie AGOV	Abgeschlossen
M2	PoC AGOV funktional	Abgeschlossen
M3	Betrieb PoC-Umgebung BIT	Abgeschlossen
M4	Start Aufbau Supportorganisation	Abgeschlossen
M5	Start Umsetzung Endausbau kantonale Anforderungen	Abgeschlossen
M6	Georedundanz verfügbar	Umsetzung
M7	Start Regelbetrieb BIT, inkl. Supportorganisation	Abgeschlossen
M8	Start Anschluss kantonaler Zielapplikationen oder IAM-Systeme (Produktion)	Abgeschlossen
M9	Fortsetzung weiterer Ausbau kantonale Anforderungen	Umsetzung
M10	Start Weiterentwicklung E-ID	Abgeschlossen
M11	Anschluss staatliche E-ID (Wallet2Federation-Service)	Umsetzung

Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	4'450'000	5'600'000	3'000'000	500'000	13'550'000

3.2.2 INM2.084: Digitale Vereinfachungen für Unternehmen durch erneuerte eBilanz im Bereich direkte und indirekte Steuern

Leistungsverantwortliche Organisation: Schweizerische Steuerkonferenz SSK

Kontakt: Felix Sager; felix.sager@sg.ch

Beschreibung:

Für juristische Personen ist erst in wenigen Kantonen eine elektronische Steuerdeklaration möglich. Die Mehrheit der für die Deklaration relevanten Daten müssen zur Zeit von den Unternehmen manuell aus der Erfolgsrechnung und der Bilanz herausgelesen werden. Dieser aufwändige Prozess soll mittels einer standardisierten E-Bilanz digitalisiert und automatisiert werden.

Mit der Umsetzung konkreter Anwendung der E-Bilanz für die Steuerdeklaration juristischer Personen und die Abrechnung der Mehrwertsteuer werden folgende Ziele angestrebt:

Die Unternehmen können aus ihren Finanzbuchhaltungen direkt auf Knopfdruck die notwendigen Finanzdaten nach eCH-0276 für die Steuererklärung Juristische Personen in die Deklarationslösung der kantonalen Steuerverwaltungen übermitteln und aus ihren Finanzbuchhaltungen direkt auf Knopfdruck die notwendigen Daten nach eCH-0217 für die Abrechnung der Mehrwertsteuer an die Eidgenössische Steuerverwaltung übermitteln.

Massnahmen/Lieferobjekte:

Massnahmen	Beschreibung	Status 2027
M1	Erhebung der Anforderungen	Abgeschlossen
M2	Öffentliche Ausschreibung	Abgeschlossen
M3	Umsetzung in Pilotkantonen	Voraussichtlich abgeschlossen
M4	Technische und finanzielle Abklärungen	Abgeschlossen
M5	Umsetzung Pilot mit MWST-Verwaltung und Swissdec	Voraussichtlich abgeschlossen

Endtermin: 31.12.2026

Budget/Planung (in CHF):

	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	100'000	75'000	75'000		250'000

Hinweis: Das Vorhaben wird voraussichtlich Ende 2026 abgeschlossen. Aufgrund der Verabschiedung des Umsetzungsplans im Oktober 2026 wird es aus Gründen der Vollständigkeit und Nachvollziehbarkeit weiterhin ausgewiesen.

3.2.3 INM2.074: Weiterentwicklung von EasyGov

Leistungsverantwortliche Organisation: Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Kontakt: Pascal Graf; pascal.graf@seco.admin.ch /

Dario Bernardi; dario.bernardi@seco.admin.ch

Beschreibung:

Die Plattform EasyGov.swiss reduziert die administrative Belastung der KMU und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit gemäss Unternehmensentlastungsgesetz (UEG) und Standortförderung 2024–2027. Das UEG verpflichtet Bund und Kantone, elektronische Behördenleistungen für Unternehmen und UID-Einheiten über EasyGov bereitzustellen, soweit sie Bundesrecht vollziehen. Mit EasyGov 2.0 entsteht ein zentraler, nutzerfreundlicher One-Stop-Shop von Bund, Kantonen und Gemeinden. Zur Sicherstellung der Interoperabilität und Datensicherheit werden bis 2027 entsprechende Verordnungen erarbeitet, basierend u. a. auf der Studie «Architekturreview EasyGov». EasyGov 2.0 ermöglicht eine verbindliche, integrierte digitale Umsetzung von Behördenleistungen und trägt direkt zur Umsetzung der Strategie der DVS sowie zur Schaffung föderaler digitaler Standards bei.

Massnahmen/Lieferobjekte:

Massnahmen	Beschreibung	Status 2027
M1	Integration von Behördenleistungen auf EasyGov 1.0 gemäss Release-Ansicht im Steckbrief	Abgeschlossen
M2	Erstellung der Konzepte EasyGov 2.0	Abgeschlossen
M3	Die Anbindung der aktuell bestehenden Behördenleistungen auf EasyGov 1.0 an das neue Portal EasyGov 2.0 sicherstellen	Umsetzung
M4	Realisierung von EasyGov 2.0, d.h. neue IT-Architektur mit Info-Modul, Core-Modul und Fachmodulen	Umsetzung
M5	Bereitstellung der EasyGov 2.0 Plattform für die Kantone und Bundesämter bzw. deren Behördenleistungen in Vollzug von Bundesrecht	Umsetzung
M6	Erarbeitung der im UEG vorgesehenen rechtlichen Grundlagen auf Verordnungsstufe (Verordnung Standards zwecks Sicherstellung der Plattforminteroperabilität und Verordnung des WBF zur Datensicherheit)	Umsetzung

Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		2'500'000	4'600'000	4'600'000	11'700'000

3.2.4 INM1.070: Erneuerung und Weiterentwicklung «iGovPortal.ch»

Leistungsverantwortliche Organisation: iGovPortal.ch (Verein)**Kontakt:** Claude Borel; claudе.borel@eraneos.com**Beschreibung:**

Entwicklung des digitalen Online-Schalters für Kantone und Gemeinden durch Erneuerung und Weiterentwicklung der interkantonalen Plattform iGovPortal hinsichtlich Interoperabilität und Standardisierung.

Massnahmen/Lieferobjekte:

Massnahmen	Beschreibung	Status 2027
M1	Erneuerung IT-Architektur	Umsetzung
M2	Erneuerung der Benutzeroberfläche und Erweiterung der Funktionalität	Umsetzung

Endtermin: 31.12.2027**Budget/Planung (in CHF):**

	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	850'000	210'000	1'070'000	820'000	2'950'000

3.2.5 INM2.907: Referenzarchitektur und Standards für Servicebausteine

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle DVS**Kontakt:** Marcel Kessler; marcel.kessler@digitale-verwaltung-schweiz.ch**Beschreibung:**

Servicebausteine für Funktionen wie Payment, Signaturen, die sichere Zustellung oder Authentifikation werden heute von verschiedenen Anbietern entwickelt und den Gemeinwesen zur Verfügung gestellt. Damit schweizweit einheitliche und standardisierte Bausteine entstehen können, braucht es klare Referenzarchitekturen, eine gemeinsame Multiportal-Architektur sowie Standards. Neben der Erstellung der Referenzarchitekturen und Standards sollen Bedarfsabklärungen aufzeigen, ob bestimmte Servicebausteine zentral angeboten werden sollen.

Massnahmen/Lieferobjekte:

Massnahmen	Beschreibung	Status 2027
M1	Bedarfsabklärung	Umsetzung
M2	Erstellung Referenzarchitekturen und Standards	Umsetzung

Endtermin: 31.12.2027**Budget/Planung (in CHF)⁵:**

	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag			1'500'000	1'500'000	3'000'000

⁵ Der Betrag der Mittel ist der Maximalbetrag gemäss «Anhang 2027 der Finanzierungsvereinbarung», dieser wird sich für die effektive Umsetzung um einiges reduzieren.

3.3 E-ID und Vertrauensinfrastruktur schweizweit einführen

3.3.1 INM3.077: Entwicklung elektronischer Führerausweis (mDL-Suisse) und elektronische Ausweis-Plattform (eAP)

Leistungsverantwortliche Organisation: asa

Kontakt: Sven Britschgi; sven.britschgi@asa.ch / Sascha Herzig; sascha.herzig@asa.ch

Beschreibung:

Im Rahmen der Entwicklung der Vertrauensinfrastruktur der Schweizer e-ID (Bundeswallet: swiyu) läuft das Pilotprojekt eLFA (digitaler Lernführerausweis). Der eLFA wurde 2025 schweizweit ausgerollt, damit das Programm e-ID Erfahrungen mit der Ausstellung von Credentials an die breite Bevölkerung sammeln kann.

Damit die Kantone unmittelbar nach der Einführung der Vertrauensinfrastruktur dem Bürger und der Bürgerin den digitalen Führerausweis (mDL-Suisse) aus dem «swiyu» zur Verfügung stellen können, ist die Entwicklung dieses zentralen Verifiable Credentials (VC) vorgesehen.

Der mDL-Suisse entspricht denselben technischen Vorgaben wie der elektronische Lernfahrausweis (eLFA). Der mDL-Suisse wird vorläufig nur im Inland und im Fürstentum Lichtenstein gültig sein. Technisch wird es möglich sein den mDL-Suisse, zu einem späteren Zeitpunkt der ISO-Norm 18013-5 anzupassen, damit der mDL auch im Ausland anerkannt wird. Der Führerausweis im Kreditkartenformat wird weiterhin ausgestellt. Auch in Europa ist geplant den digitalen Führerausweis, mit einer EU-Wallet zusammen einzuführen.

Damit der Kunde, den mDL-Suisse entweder via eine Plattform oder direkt aus der zukünftigen «swiyu» beantragen kann, benötigt es eine elektronische Bestell-Plattform (eAP). Diese eAP ermöglicht es dem Kunden zukünftige digitale Ausweise, nach vorgängiger Überprüfung der e-ID Angaben, zu bestellen, ohne dass ein Strassenverkehrsamt in den Prozess involviert wird. Der Ablauf erfolgt vollständig digital.

Massnahmen/Lieferobjekte:

Massnahmen	Beschreibung	Status 2027
M1	Umsetzung eines elektronischen Führerausweis als VC	Voraussichtlich abgeschlossen
M2	Umsetzung einer elektronische Ausweis-Plattform (eAP)	Voraussichtlich abgeschlossen

Endtermin: 31.12.2026

Budget/Planung (in CHF):

	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		300'000	700'000		1'000'000

Hinweis: Das Vorhaben wird voraussichtlich Ende 2026 abgeschlossen. Aufgrund der Verabschiedung des Umsetzungsplans im Oktober 2026 wird es aus Gründen der Vollständigkeit und Nachvollziehbarkeit weiterhin ausgewiesen.

3.3.2 INM3.081: Weiterentwicklung des TG4U als PoC für die Integration in bestehende kantonale und kommunale Systeme⁶

Leistungsverantwortliche Organisation: Kanton Thurgau

Kontakt: Annina Iten; annina.iten@tg.ch

Beschreibung:

Mit der Einführung der e-ID wird in der Schweiz eine breite Nutzung von SSI-Wallets erwartet. Diese ermöglichen es der Bevölkerung, neben der e-ID auch weitere digitale Nachweise wie Wohnsitzbestätigungen zu speichern. Für die effiziente Ausstellung und Prüfung dieser Nachweise braucht es eine dedizierte Issuer- und Verifier-Infrastruktur (Aussteller und Prüfer). Auf Basis bisherigen Erkenntnisse wird ein an die Bedürfnisse der Schweizer Behörden angepasstes Minimum Viable Product (MVP) entwickelt. Damit ermöglicht es den Kantonen und Gemeinden das Erstellen, Verwalten und Prüfen von digitalen Nachweisen (VC) und ergänzt das bestehende e-ID-Ökosystem in idealer Weise. Das MVP umfasst eine Ausstellungslösung (Cockpit), erlaubt die manuelle Ausstellung und Verifikation von VC, ist mandantenfähig, verfügt über eine integrierte Benutzerverwaltung und lässt sich in Fachapplikationen integrieren (API, Web-Components, SDK). Die Lösung nutzt die I14Y-Interoperabilitätsplattform, um die relevanten Standards für elektronische Behördennachweise korrekt anzuwenden.

Nach Abschluss der Entwicklungsarbeiten wird die Lösung als Open Source veröffentlicht und steht allen interessierten Akteuren zur Verfügung.

Massnahmen/Lieferobjekte:

Massnahmen	Beschreibung	Status 2027
M1	Konzeption Digitales Produkt DVS mit Rebranding und generischem Verifier und eCH-0258 Kompatibilität	Abgeschlossen
M2	Lösung zur Erstellung von Schema Templates für Kantone und Gemeinden	Abgeschlossen
M3	Issuer und Verifier sowie Templateportal als Microservice für Portale am Beispiel von Tourismuskarte und Mitarbeiterausweis für alle Kantone	Abgeschlossen
M4	Konzeption und Systemintegration in Nächste Sandbox Basis-Infrastruktur des Bundesamts für Informatik BIT	Abgeschlossen
M5	Betreibungsregistrauszug, konzeptionell und technisch bereit	Abgeschlossen
M6	Wohnsitzbestätigung für Gemeinden/Kantone	Abgeschlossen
M7	Erstellung weiterer Use-Cases/Standardisierung	Voraussichtlich abgeschlossen

Endtermin: 31.12.2026

⁶ Ist Umsetzung von INM3.905: E-ID Vertrauensinfrastruktur (Unterstützung Einführung und Prototypen)



Budget/Planung (in CHF):

	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	150'000	220'000	170'000		540'000

Hinweis: Das Vorhaben wird voraussichtlich Ende 2026 abgeschlossen. Aufgrund der Verabschiedung des Umsetzungsplans im Oktober 2026 wird es aus Gründen der Vollständigkeit und Nachvollziehbarkeit weiterhin ausgewiesen.

3.3.3 INM3.091: Massnahmen für Bund, Kantone, Städte und Gemeinden zur Einführung und Verbreitung der e-ID und des swiyu Ökosystems⁷

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Justiz (BJ)

Kontakt: Sandra Jordi; sandra.jordi@bj.admin.ch

Beschreibung:

Die Einführung der e-ID hat höchste Bedeutung, ebenso die Stärkung des e-ID-Wallets (swiyu) als zentrale Nutzerplattform der Vertrauensinfrastruktur. Elektronische Nachweise wie Führerausweis oder Registerauszüge sollen breit nutzbar werden.

Der Bund stellt die Infrastruktur zur Verfügung und stellt die e-ID mittels der Vertrauensinfrastruktur als elektronischer Nachweis aus. Kantone, Städte und Gemeinden spielen eine zentrale Rolle bei der Einführung und Verbreitung der e-ID. Da insbesondere Städte und Gemeinden mit der Bevölkerung in direktem Kontakt stehen, sind sie entscheidend für Akzeptanz, Verständlichkeit und Vertrauen. Gleichzeitig leisten alle Verwaltungen einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung des swiyu Ökosystems als gemeinsame digitale Infrastruktur.

Mit den Massnahmen werden abgestimmte Informations- und Kommunikations-Massnahmen umgesetzt, die von öffentlichen Verwaltungen in der Schweiz einfach und einheitlich genutzt werden können für eigene Produktionen. Ziel ist es, über die e-ID und im Kontext der e-ID auch über das Zusammenspiel mit dem Behörden-Login AGOV sowie andere elektronische Nachweise zu informieren, ihren Nutzen verständlich zu machen und Vertrauen in die sichere digitale Identität zu stärken. Die e-ID wird als zentraler Basisdienst für eine einfache und sichere Interaktion zwischen Bevölkerung und Verwaltung positioniert.

Das Zusammenspiel von AGOV und der e-ID wird schweizweit bekannt gemacht und die Bedeutung für das swiyu Ökosystem hervorgehoben. AGOV und e-ID sind als Schlüsselkomponenten einer sicheren, modernen und nutzerfreundlichen digitalen Verwaltung in der Schweiz positioniert.

Massnahmen/Lieferobjekte:

Massnahmen	Beschreibung	Status 2027
M1	Grundlagen & Basiskommunikation	Umsetzung
M2	Inklusion & Verständlichkeit	Umsetzung
M3	Lokale Kommunikationsmittel	Umsetzung
M4	Digitale Kommunikationsmittel	Umsetzung
M5	Orientierung & Sichtbarkeit	Umsetzung
M6	Behörden Support	Umsetzung

Endtermin: 31.12.2027

⁷ Dies ist eine konkrete Umsetzung zu INM3.905: E-ID Vertrauensinfrastruktur (Unterstützung Einführung und Prototypen)



Budget/Planung (in CHF):

	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag			470'000	1'000'000	1'470'000

3.3.4 INM3.905: E-ID Vertrauensinfrastruktur (Unterstützung Einführung und Prototypen)

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle DVS**Kontakt:** Marcel Kessler; marcel.kessler@digitale-verwaltung-schweiz.ch**Beschreibung:**

Für den Aufbau der staatlichen E-ID wird neben dem E-ID-Gesetz die technische Vertrauensinfrastruktur entwickelt. Die Massnahme unterstützt gezielt Aktivitäten und Pilotprojekte, die der Einführung und Verbreitung der E-ID und ihrer Vertrauensinfrastruktur (Wallet, Verifier usw.) dienen. So können Gemeinwesen und Unternehmen künftig elektronische Nachweise sicher und effizient ausstellen und prüfen. Dies ermöglicht den Einwohnerinnen und Einwohnern der Schweiz sowie Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, ihre e-ID als sicheres digitales Identifikationsmittel für vielfältige Behördengänge und private Anwendungen einzusetzen. 2026 und 2027 werden verstärkte Mittel für die Einführung eingesetzt. Die Massnahme trägt zur Strategie der DVS bei, eine schweizweite, vertrauenswürdige E-ID und nutzbare Vertrauensinfrastruktur für Bevölkerung, Wirtschaft und Verwaltung bereitzustellen.

Endtermin: 31.12.2027**Mittelzuteilung und Umsetzung in den Projekten:**

Projekt/Massnahme	2025	2026	2027
INM3.081: Weiterentwicklung des TG4U als PoC für die Integration in bestehende kantonale und kommunale Systeme	220'000	170'000	
INM3.091: Massnahmen für Bund, Kantone, Städte und Gemeinden zur Einführung und Verbreitung der e-ID und des swiyu Ökosystems		470'000	1'000'000
INM3.061 Zusatzmittel Anschluss AGOV an e-ID			500'000
Verbleibende Mittel		360'000	1'500'000
Total	220'000	1'000'000	3'000'000

3.4 Wertschöpfende Datennutzung fördern

3.4.1 INM4.016: Umsetzung Nationaler Adressdienst (NAD) plus Pilotierungen

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Statistik (BFS)

Kontakt: Olivia Nicoleta Huguenin; olivia-nicoleta.huguenin@bfs.admin.ch

Beschreibung:

Ein Nationaler Adressdienst ermöglicht der öffentlichen Verwaltung, auf aktuelle und ehemalige Wohnadressen der Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz zuzugreifen. Derzeit gibt es noch kein nationales System, welches diese Daten ohne Redundanzen und fehlerfrei zur Verfügung stellt. Der NAD wird Verwaltungsabläufe vereinfachen und effizienter gestalten. Die angestrebte Lösung berücksichtigt alle Anforderungen des Datenschutzes und der Informationssicherheit. Den spezifischen Erfordernissen im Zusammenhang mit EFAS werden Rechnung getragen (Change Request Juni 2026).

Massnahmen/Lieferobjekte:

Massnahmen	Beschreibung	Status 2027
M0	Projektleitung sicherstellen	Umsetzung
M1	Rechtsgrundlagen erarbeiten	Umsetzung
M2	Konzeption und Organisation sicherstellen	Umsetzung
M3	Systementwicklung vornehmen.	Umsetzung
M4	Einführung und Kommunikation umsetzen	Umsetzung

Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	350'000	300'000	1'800'000	3'200'000 ⁸	5'650'000

⁸ Gegenüber der Agenda DVS 2027 werden CHF 200'000 vom Jahr 2026 ins Jahr 2027 verschoben

3.4.2 INM4.024: Aufbau und Weiterentwicklung des Schweizer Datenökosystems und der dazugehöriger Datenaustauschinfrastrukturen

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK DTI)

Kontakt: Jürg Wüst; juerg.wuest@bk.admin.ch / Emilia Nunes; emilia.nunes@bk.admin.ch

Beschreibung:

Es werden Grundlagen geschaffen für ein nationales Datenökosystem, damit alle Staatsebenen, wie auch Dritte, ihre Daten gemeinsam nutzen und austauschen können. Darin eingeschlossen sind Zusammenarbeitskonzepte (Blueprints) für interoperable Datenräume.

Auf Basis dieser Grundlagen sind institutionelle und konzeptionelle Rahmenbedingungen erarbeitet z. B. für die Datenräume in den Bereichen Mobilität, Landwirtschaft, Gesundheit oder Bildung. Dabei sind die rechtlichen und finanziellen Implikationen evaluiert. Pilotprojekte zeigen prototypisch auf, welche Anforderungen an die Governance, Zusammenarbeit, Architektur und Infrastrukturen zu erfüllen sind.

Massnahmen/Lieferobjekte:

Massnahmen	Beschreibung	Status 2027
M1	Architektur Blueprint V1	Abgeschlossen
M2	Architektur Blueprint V2	Umsetzung
M3	Trägerschaft identifiziert	Abgeschlossen
M4	Prototypen identifiziert	Abgeschlossen
M5	Prototypen umgesetzt	Umsetzung

Endtermin: 10.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	1'360'000	1'100'000	1'100'000	1'100'000	4'660'000

3.4.3 INM4.031: Optimierung OGD und beschleunigte Mehrfachnutzung

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Statistik (BFS)**Kontakt:** Maik Roth; maik.roth@bfs.admin.ch**Beschreibung:**

Dieses Projekt dient dazu, die Umsetzung der «Open Government Data»-Strategie 2019-2023, des Masterplans OGD 2024-2027 und insbesondere des Grundsatzes «open-by-default» zu beschleunigen, und so die Transparenz, Partizipation und Innovation in allen Bereichen der Gesellschaft zu fördern. Dies, indem einerseits die Unterstützungsleistungen für die Partner (v. a. Kantone und Verwaltungseinheiten des Bundes) ausgebaut und andererseits eine zukunftsfähige, nutzerfreundliche Lösung für das heutige Portal opendata.swiss aufgebaut sowie Redundanzen mit anderen Plattformen (v. a. Interoperabilitätsplattform I14Y) vermieden werden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

Massnahmen	Beschreibung	Status 2027
M1	Business Analyse und Anforderungskatalog erstellen	Abgeschlossen
M2	Weiterentwicklung und Optimierung OGD Portal abschliessen	Abgeschlossen
M3	Integration oder Anbindung der Plattformen	Umsetzung
M4	IT-Projektleiter/in Migration/ Anwendungsverantwortliche(r) anstellen	Umsetzung
M5	Datenspezialist/in anstellen: Entwicklung allgemeine Beratungsdienstleistungen der Geschäftsstelle OGD für die Kantone und Gemeinden	Abgeschlossen
M6	Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in anstellen: Ausbau Beratungs- und gemeinsamer Diffusionsdienstleistungen in der öffentlichen Statistik (Output Data Services)	Abgeschlossen

Endtermin: 31.12.2027**Budget/Planung (in CHF):**

	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	450'000	550'000	250'000	200'000	1'450'000

3.4.4 INM4.044: Koordination Datenmanagement in den Kantonen

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Statistik (BFS)

Kontakt: David Biddle; david.biddle@bfs.admin.ch

Beschreibung:

Zwischen Bund und Kantonen soll eine mehrjährige Planung («Roadmap») erstellt werden, welche aufzeigen wird, wie die Themen Datenmanagement und Interoperabilität (inkl. OGD) und Datenwissenschaften in den Kantonen umgesetzt werden können. Damit wird auch Transparenz über den Stand der Entwicklung in den Kantonen hergestellt. Gemeinsame Projekte sollen angegangen und der Wissensaustausch sichergestellt werden. Verschiedene bisher existierende und neu geschaffene Gremien werden die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Themenbereichen sicherstellen.

Die zentralen Massnahmen des vorliegenden Projekts sind:

- a) Erarbeitung der Roadmap zur Umsetzung der Themen Datenmanagement/Interoperabilität (inkl. OGD) und Datenwissenschaften in den Kantonen;
- b) Aufbau eines zentralen Community Managements für die regionale Ebene beim BFS;
- c) Aufbau einer zentralen Informationsplattform (Extranet), welche den Wissensaustausch und das Capacity Building gewährleistet. Dazu braucht es einen Anwendungs-Manager, der die Plattform aktiv betreut.

Durch die Erweiterung auf die Thematik Datenmanagement muss der Kreis der involvierten Akteure vergrössert werden und betrifft nicht mehr nur Personen, die sich primär mit Statistik befassen. Die Zusammenarbeit soll weiter gestärkt werden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

Massnahmen	Beschreibung	Status 2027
M1	Roadmap aufbauen	Abgeschlossen
M2	Community Manager/in anstellen	Abgeschlossen
M3	Informationsplattform Pilotbetrieb aufbauen	Abgeschlossen
M4	Informationsplattform aufbauen und betreiben	Abgeschlossen
M5	Anwendungs-Manager/in anstellen	Abgeschlossen
M6	Community Days Fachgremien Datenmanagement durchführen	Umsetzung

Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	541'000	475'780	456'000	466'000	1'938'780

3.4.5 INM4.076: Ausbildungsangebot im Bereich Datenmanagement

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Statistik**Kontakt:** Maik Roth; maik.roth@bfs.admin.ch**Beschreibung:**

Das vorliegende Projekt ermöglicht die Organisation, Durchführung und Evaluation je einer dreitägigen Weiterbildung auf Deutsch und auf Französisch zum Thema Datenmanagement und Datenkompetenz. Dabei lernen die Teilnehmenden die notwendigen Grundlagen, Aktivitäten und Prozesse kennen, um eigene Vorhaben im Bereich der (Meta-)Daten kompetent zu planen und umzusetzen (u.a. Publikation von Open Government Data). Die rechtlichen Rahmenbedingungen werden aufgezeigt und über die laufenden Vorhaben und relevanten Strategien im Datenbereich des öffentlichen Sektors informiert. Zusätzlich werden mehrere konkrete Praxisbeispiele aus verschiedenen föderalen Stufen der öffentlichen Verwaltung vorgestellt. Eigene Use Cases werden in Kleingruppen diskutiert und Lösungen erarbeitet. Zielgruppe sind primär spezialisierte Mitarbeitende (Local Data Stewards, Datenspezialisten, Datenverantwortliche, usw.) der Kantons- und Gemeindeebene, als auch der Bundesebene.

Massnahmen/Lieferobjekte:

Massnahmen	Beschreibung	Status 2027
M1	Ausbildungskosten (bzw. Teilnahmegebühr)	Umsetzung
M2	Lehrmaterial (externe Kosten)	Umsetzung
M3	Koordination / Kommunikation (0,2 FTEs beim BFS)	Umsetzung

Endtermin: 31.12.2027**Budget/Planung (in CHF):**

	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		120'000	120'000	120'000	360'000

3.5 Cloud-enabled-Government ermöglichen

3.5.1 INM5.080: Cloud-Leitfaden der DVS⁹

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle DVS

Kontakt: Galina Timofeeva; galina.timofeeva@digitale-verwaltung-schweiz.ch /

Patrick Koller; patrick.koller@pront.org

Beschreibung:

Im Rahmen des strategischen Schwerpunkts «Cloud-enabled-Government ermöglichen» wurde die Erarbeitung eines organisationsübergreifenden Cloud-Leitfadens als strategisches Vorhaben identifiziert. Ziel ist es, Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden eine abgestimmte, praxisnahe und rechtlich fundierte Orientierung für den Einsatz von Cloud-Technologien zu bieten und damit eine nachvollziehbare und konsistente Nutzung von Cloud-Lösungen in der öffentlichen Verwaltung zu unterstützen.

In vorgelagerten Workshops und Interviews wurden zahlreiche Anforderungen, Erwartungen und Problemstellungen erhoben. Diese umfassen insbesondere Unsicherheiten bezüglich rechtlicher Rahmenbedingungen, fehlende einheitliche Datenklassifizierungen, unterschiedliche Reifegrade in der Cloud-Governance sowie Abhängigkeiten von Cloud- und SaaS-Anbietern. Zudem besteht ein Bedarf an klaren Entscheidungsgrundlagen, nachvollziehbaren Bewertungslogiken und praxistauglichen Hilfsmitteln für Beschaffung, Betrieb und Nutzung von Cloud-Lösungen. Die bisherigen Erkenntnisse bilden eine inhaltliche Grundlage, sind jedoch weder konsolidiert noch priorisiert noch organisatorisch verankert. Zudem sind zentrale Aspekte wie gemeinsame Begriffsdefinitionen, Governance, Rollenmodelle, Entscheidungslogiken sowie der Betrieb und die Weiterentwicklung des Leitfadens noch nicht definiert.

Das Vorhaben umfasst daher die Initialisierung, die anschliessende Umsetzung sowie den Abschluss des Cloud-Leitfadens. In der Initialisierung werden insbesondere Ambitionsniveau, Scope, Inhalte und deren Priorisierung sowie Governance und organisatorische Verankerung geklärt. Darauf aufbauend werden die ersten Inhalte schrittweise erarbeitet und publiziert. Anschliessend werden die Inhalte aus dem Backlog ebenfalls schrittweise umgesetzt. Parallel werden der Bereitstellungschanal und die Grundlagen für den künftigen Betrieb und die Weiterentwicklung des Cloud-Leitfadens festgelegt.

⁹ Dies ist eine konkrete Umsetzung zu INM5.901: Anschubfinanzierung von Cloud- und Open Source-Projekten

Massnahmen/Lieferobjekte:

Massnahmen	Beschreibung	Status 2027
M1.1	Ambitionsniveau definiert	Abgeschlossen
M1.2	Inhalt des Cloud-Leitfadens definiert und priorisiert	Abgeschlossen
M1.3	Lösungsvariante für die Umsetzung gewählt	Abgeschlossen
M1.4	Projektmanagementplan abgenommen	Abgeschlossen
M1.5	Durchführungsauftrag abgenommen	Abgeschlossen
M1.6	Betriebskonzept abgenommen	Abgeschlossen
M1.7	Antrag an das OFG zur Freigabe der finanziellen Mittel eingereicht	Abgeschlossen
M1.8	Beschaffung der externen Leistungen zur Erarbeitung des Cloud-Leitfadens eingeleitet	Abgeschlossen
M2.1	Zuschlag für die externen Umsetzungsleistungen erteilt	Umsetzung
M2.2	Drei Kapitel «Einführung und Nutzung des Leitfadens», «Einordnung» sowie «Schutzbedarf und Risiken» erarbeitet	Umsetzung
M2.3	Drei Kapitel als MVP publiziert	Umsetzung
M2.4	Die Kapitel aus dem Backlog priorisiert, inkrementell erarbeitet und publiziert	Umsetzung
M3.1	Cloud-Leitfaden in den Betrieb überführt	Umsetzung
M3.2	Projekt abgeschlossen	Umsetzung

Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2024	2025	2026	2027	Total
Initialisierungsphase			75'670	-	75'670
Umsetzung			150'000	650'000	800'000
Total			225'670	650'000	875'670

Hinweis: Der Durchführungsauftrag befindet sich derzeit noch in Erarbeitung und ist durch den Projektauftraggeber zu genehmigen. Die für die Umsetzung ausgewiesenen CHF 800'000 stellen eine Grobkostenschätzung dar. Die Freigabe der finanziellen Mittel ist für die OFG-Sitzung vom 18. November 2026 vorgesehen. Die effektiven Kosten werden im Rahmen der Beschaffung der externen Umsetzungsleistungen sowie des Bereitstellungskanals konkretisiert.

3.5.2 INM5.089: Prototyp «Open-Code-Austauschplattform» für die öffentliche Verwaltung der Schweiz (Gemeinden, Kantone, Bund)¹⁰

Leistungsverantwortliche Organisation: Amt für Daten und Statistik des Kantons St. Gallen

Kontakt: Jan Wunder; jan.wunder@sg.ch / Niklas Haffert; niklas.haffert@sg.ch /

Félix Luginbühl; felix.luginbuehl@sg.ch

Beschreibung:

Übergeordnetes Ziel ist es, die Grundlagen für ein funktionierendes, föderales und sicheres Codeaustausch-Ökosystem zu entwickeln, das es den Teilnehmenden ermöglicht, ihren Code effizient und verantwortungsvoll zu teilen und damit einen Mehrwert für die Schweiz zu generieren.

Mit dem Prototyp «Open-Code-Austauschplattform» werden die Grundlagen für eine sichere Code-Plattform geschaffen, die allen Akteuren Zugang zu offenem Code ermöglicht. Spezielle automatisierte Code-Checks (R-CMD-Checks) werden durchgeführt, um sämtliche Code-Bausteine (Packages) auf gängigen Plattformen zu testen und eine Sicherheitsprüfung durchzuführen. Der Code kann direkt auf der Austauschplattform oder extern, beispielsweise in GitHub-Repositorien der Statistikstellen, gehostet werden. Zudem ermöglicht die Plattform die Nutzung von geschützten Private Repositories, damit Bund, Kantone und Gemeinden ihren Code unabhängig oder gemeinsam entwickeln und testen können. Aktuell wird die Lösung so erweitert, dass ein Runtime-Environment mit einer vollständig integrierten Entwicklungsumgebung (IDE) bereitgestellt werden kann.

Zu diesem Zweck erfolgen entsprechende Tests mit einer «Scalable Software Factory» des Bundesamts für Informatik und Telekommunikation (BIT BS-SSF). Die Bereitstellung der skalierbaren Entwicklungsumgebung der BIT BS-SSF auf der Red Hat OpenShift Kubernetes Plattform zum sicheren Ausführen von Code für die gesamte Verwaltung (inkl. Kantonen, Städten und Gemeinden) würde in vielerlei Hinsicht einen grossen Effizienzgewinn darstellen und die digitale Souveränität massiv erhöhen.

Massnahmen/Lieferobjekte:

Massnahmen	Beschreibung	Status 2027
M1	Grundlagen zur Realisierung des Prototyps erarbeitet	Abgeschlossen
M2	Prototyp realisiert	Abgeschlossen
M3	Pilotbetrieb des Prototyps durchgeführt und ausgewertet	Abgeschlossen
M4	Mögliche Betriebsmodelle erarbeitet und geprüft	Umsetzung
M5	Empfehlung für ein künftiges Betriebsmodell erarbeitet	Umsetzung

Endtermin: 31.12.2027

¹⁰ Dies ist eine konkrete Umsetzung zu INM5.901: Anschubfinanzierung von Cloud- und Open Source-Projekten



Budget/Planung (in CHF):

	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag			412'000	288'000	700'000

3.5.3 INM5.901: Anschubfinanzierung von Cloud- und Open Source-Projekten

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle DVS

Kontakt: Galina Timofeeva; galina.timofeeva@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Beschreibung:

In der öffentlichen Verwaltung fehlen heute skalierbare, cloudbasierte Lösungen und gemeinsam nutzbare Infrastrukturen. Ziel ist es, diese durch gezielt unterstützte Projekte in den Bereichen «Cloud-Leitfäden», «GovTech Stack» und «Swiss Governance Cloud (SGC)» weiterzuentwickeln. Geplant sind u. a. ein DVS-Cloud-Leitfaden sowie eine Projektstudie zu Open-Source-basierten GovTech-Lösungen als SaaS. Dabei wird auch evaluiert, wie Kantone und Gemeinden die SGC nutzen können. Auf einer «GovTech-Plattform» sollen den Verwaltungen zukünftig OSS- und/oder Kollaborationstools zur Verfügung gestellt werden können. Eine Studie über die Bereitstellung von OpenSource in der öffentlichen Verwaltung als Cloud-Angebot (SaaS) soll Aufschluss über mögliche Lösungsansätze aufzeigen. Die Massnahme unterstützt das strategische Ziel der DVS, ein Cloud-enabled-Government zu ermöglichen und so die digitale Leistungsfähigkeit und Zusammenarbeit der föderalen Ebenen zu stärken.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- Cloud Leitfaden zur Sicherstellung einer einheitlichen und sicheren Cloud-Nutzung, die den gesetzlichen Anforderungen entspricht und Best Practices folgt
- Zusammenarbeit & SGC (Swiss Government Cloud) zur Stärkung der gemeinschaftlichen Entwicklung und Implementierung von Cloud-Lösungen sowie Unterstützung durch gemeinsame Ressourcen und Best Practices
- GovTech zur Förderung der Unabhängigkeit von proprietären Lösungen und zur Unterstützung innovativer und kosteneffizienter Ansätze.

Endtermin: 31.12.2027

Mittelzuteilung und Umsetzung in den Projekten:

Projekt/Massnahme	2025	2026	2027
INM5.080: Cloud-Leitfaden der DVS		225'670	650'000
INM5.089: Prototyp «Open-Code-Austauschplattform» für die öffentliche Verwaltung der Schweiz (Gemeinden, Kantone, Bund)		412'000	288'000
Verbleibende Mittel		1'362'330	2'062'000
Total		2'000'000	3'000'000

4 Leistungsschwerpunkte DVS

Die Leistungsschwerpunkte ergeben sich aus der Rahmenvereinbarung (Ziffer 4.2) und sind Teil des Leistungsauftrages der DVS. Sie bilden neben den Projekten den Umsetzungsplan DVS und tragen auch zur Erfüllung der in der Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024-2027» festgelegten Handlungsfelder und strategischen Schwerpunkte, insbesondere des Schwerpunkts «Zusammenarbeit stärken und als vernetztes Gesamtsystem agieren», bei. Sie fördern die interdisziplinäre fachliche Vernetzung und die Zusammenarbeit über die Staatsebenen hinweg. Die jeweiligen Leistungen werden gemeinschaftlich zum Nutzen aller Beteiligten erbracht und sind darauf ausgerichtet, in einem bestimmten Aufgabenbereich (z. B. Beschaffung) Mehrwert für Bevölkerung, Wirtschaft und öffentliche Verwaltungen zu schaffen.

4.1 LSP1: Förderung der Standardisierung und Harmonisierung von technischen und fachlichen Prozessen

Die DVS fördert zusammen mit der Partnerorganisation eCH die Standardisierung, namentlich in der Interoperabilität und gemeinsamen Nutzung von technischen Lösungen durch mehrere Verwaltungsstellen. Die Aktivitäten von eCH haben das Ziel, die elektronische Zusammenarbeit zwischen Behörden sowie zwischen Behörden und Dritten zu erleichtern. Dazu werden neue Standardisierungsthemen identifiziert und priorisiert sowie Standards erarbeitet, verabschiedet und gepflegt. Die Standardisierung bildet eine notwendige Basis für diverse Projekte, ist ein Handlungsfeld der DVS und tangiert direkt oder indirekt fast alle weiteren Handlungsfelder der Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024–2027». Im Rahmen des Umsetzungsplans wird eine möglichst breite Standardisierung gefördert. Dies soll den Aufwand bei den umsetzenden Behörden senken.

Grundlagen: RV Zif.4.2 Abs. 1c; Strategie DVS Zif. 4.3

Kontakt: Florian Steffen, Geschäftsstelle DVS

Partnerorganisation: Verein eCH (Dominic Müller)

4.2 LSP2: Förderung innovativer Lösungen

Die DVS stellt als Teil des Umsetzungsplans jährlich Mittel zur Verfügung, um innovative Lösungen zu fördern. Innovationen sind Projekte, die beispielsweise neue Technologien anwenden oder regionale Kooperationen fördern. Diese sollen eine Signalwirkung entfalten und später von weiteren Projekten, bzw. Verwaltungen übernommen oder angewendet werden.

Grundlagen: RV Zif.4.2 Abs. 1b; Strategie DVS Zif. 5.6; Zif. 4.6 (Zif.4.5)

Kontakt: Isabelle Grünig, Geschäftsstelle DVS

4.3 LSP3: Stärkung von Vernetzung, Zusammenarbeit und Wissensaustausch und Förderung eines Kulturwandels

Kenntnisse zur Digitalisierung bzw. zum Wandel der Verwaltung in Bezug auf die Digitalisierung sind wichtig, damit E-Government-Projekte, die häufig Veränderungen gewohnter Arbeitsabläufe nach sich ziehen, verwaltungsintern und von allen Beteiligten mitgetragen werden. Auch das Verständnis für neue Technologien hilft, damit neue digitale Arbeitsweisen adaptiert werden. Ziel

ist es, konkrete Projekte zu unterstützen, die individuelle Kompetenzen im Umgang mit digitalen Technologien bei öffentlichen Verwaltungen der Schweiz fördern, wie beispielsweise Schulungs- und Kursangebote oder andere Formate, die das Wissen zu Digitalisierung und E-Government zielgruppengerecht den Verwaltungsmitarbeitenden vermitteln.

Grundlagen: RV Zif.4.2 Abs. 1f und 1h; Strategie DVS Zif.4.5

Kontakt: Marcel Kessler, Geschäftsstelle DVS

4.4 LSP4: Förderung eines Kulturwandels (Sicherheit, Vertrauen und Transparenz)

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Verwaltung ist in der Schweiz sehr hoch. Um auch das Vertrauen in die digitale Verwaltung zu festigen, soll auf verschiedenen Kanälen transparent und zielgruppengerecht über Digitalisierungsprojekte der Verwaltung informiert werden. Hierfür informiert die DVS offen und zielgruppengerecht über laufende Digitalisierungsprojekte und stellt Hintergrundwissen zur Verfügung.

Ein transparenter Dialog mit den Nutzerinnen und Nutzern über die Chancen und Gefahren der digitalen Verwaltung sensibilisiert für sicherheitsrelevante Massnahmen und stärkt das Vertrauen.

Grundlagen: RV Zif.4.2 Abs. 1f und 1h; Strategie DVS Zif.4.5 (Zif. 3 Prinzipien der DV)

Kontakt: Vanessa Eugster, Geschäftsstelle DVS

4.5 LSP5: Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen anbieten

Eine zentrale Koordinationsstelle für rechtliche Fragen im E-Government-Umfeld unterstützt die Verbreitung der wichtigsten rechtlichen Rahmenbedingungen für die Umsetzung von E-Government in der Schweiz und erleichtert den spezifischen Wissenstransfer unter den Gemeinwesen. Ein einfacher und rascher Zugang zu juristischem Wissen fördert die Qualität und die Nachhaltigkeit der Umsetzung von E-Government in der Schweiz. Im «Wissensblog Recht» beantwortet die Geschäftsstelle DVS Fragen zu E-Government-Recht.

Grundlagen: RV Zif.4.2 Abs. 1d; Strategie DVS Zif.4.2

Kontakt: Florina German, Geschäftsstelle DVS

Mandat: Verein eJustice.CH (Urs Paul Holenstein)

Zum Wissensblog Recht

4.6 LSP6: Verwaltungsübergreifende Gesamtarchitektur fördern und festigen

Bund, Kantone, Städte und Gemeinden verständigen sich über eine verwaltungsübergreifende Gesamtarchitektur. Für eine zukunftsgerichtete Zusammenarbeit erarbeiten und festigen sie die notwendigen Strukturen und Verbindlichkeiten. Die DVS bietet eine Plattform für die interdisziplinäre fachliche Vernetzung der Gemeinwesen. Ziel ist die Umsetzung von digitalen Behördenleistungen als vernetztes Gesamtsystem.

Ein Architekturkernteam bearbeitet Architekturthemen inhaltlich und erarbeitet gemeinsame Architekturgrundlagen entlang von Vorhaben des Umsetzungsplans DVS. Ein Architekturboard DVS mit Vertreterinnen und Vertretern aus Verwaltung, Forschung, Wirtschaft und der

Öffentlichkeit sorgt für eine offene Architektur und Standards, insbesondere für Applikations-Schnittstellen, sodass bestehende digitale Behördenleistungen aller Gemeinwesen in eine gemeinsame Basisinfrastruktur integrierbar sind.

Grundlagen: RV Zif.4.1 Abs. 1; Strategie DVS Zif.5.6

Kontakt: Florian Steffen, Geschäftsstelle DVS

Mandat: Bundeskanzlei (BK-DTI) (Jürg Wüst)

4.7 LSP7: Einsatz und Unterstützung von Arbeitsgruppen

In Arbeitsgruppen vernetzen sich Fachleute der öffentlichen Verwaltung zwecks Informations- und Wissensaustausch zu spezifischen Themen der Digitalisierung. Arbeitsgruppen bearbeiten spezifische Themen im Rahmen des Leistungsauftrags der DVS. Sie werden nach Bedarf vom operativen Führungsgremium oder vom Beauftragten von Bund und Kantonen zur inhaltlichen Unterstützung des politischen und des operativen Führungsgremiums eingesetzt.

Folgende Arbeitsgruppen sind aktiv (Stand Juni 2026):

- Arbeitsgruppe Telekommunikation
- Arbeitsgruppe Voice
- Arbeitsgruppe Informations- und Cybersicherheit
- Arbeitsgruppe Identitätsmanagement und E-ID
- Nationales Koordinationsgremium Datenmanagement
- Koordinationsgremium Datenwissenschaft & KI
- Arbeitsgruppe Cloud Governance und Workplace
- Arbeitsgruppe iSVC
- Arbeitsgruppe Architektur
- Arbeitsgruppe Beschaffungen
- Arbeitsgruppe Cloud-Infrastrukturen
- Arbeitsgruppe Digital Government für Unternehmen

Grundlagen: RV Zif.6.1 Abs. 1; Strategie DVS Zif.5.6

Kontakt: Andreas Burren, Geschäftsstelle DVS

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle DVS

Beschriebe Arbeitsgruppen

4.8 LSP8: Konditionserklärungen und AGB

Die DVS unterstützt die beteiligten Gemeinwesen durch Beratung, Koordination und Empfehlungen sowie durch Interessensvertretung gegenüber IKT-Anbietern, insbesondere hinsichtlich gemeinsamer Rahmenverträge und Konditionserklärungen für die beteiligten Gemeinwesen. Dank Vereinbarungen mit ICT-Lieferanten und ICT-Dienstleistern verfügen die öffentlichen Verwaltungen in ICT-Bereichen über bessere Einkaufskonditionen und minimieren den Beschaffungsaufwand.

Mit den AGB für IKT-Leistungen stellt die DVS einen breit akzeptierten Standard im Beschaffungswesen bereit. Die AGB machen die Angebote von IKT-Anbietern vergleichbar und bieten den Verwaltungen einen grossen Mehrwert.

Grundlagen: RV Zif.4.2 Abs. 1e; Strategie DVS Zif.5.6

Kontakt: Greg Hernan, Geschäftsstelle DVS

Mehr erfahren zu AGB und Vertragsvorlagen

5 Budget- und Planungsübersicht des Umsetzungsplans DVS (in CHF 1000)

INM	Massnahmen	2024	2025	2026	2027
1.026	Neuausrichtung E-Voting	573	627	1950	1824
1.059	Betrieb ch.ch	0	720	570	700
1.060	Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern (Weiterentwicklung ch.ch)	890	280	430	300
1.902	Anschubfinanzierung «sichere Zustellplattform(en)»	0	240	1'440	1'500
1.071	Schweizweite Betreibungsregistrauskunft	300	700	1'300	1'300
1.082	Erstellung und Einlieferung kommunaler Services in ein beliebiges kantonales Portal (GemeindeConnect)	93	510	247	210
1.087	Vorprojekt zum Aufbau einer E-Collecting-Infrastruktur	0	300	300	0
1.906	Grundlagen für die kooperative Entwicklung von Serviceangeboten	0	0	500	1'000
1.908	Unterstützung Umsetzung E-Collecting für alle Gemeinwesen	0	0	1'000	6'400
	Total Digitale Behördenleistungen schweizweit ausbauen	1'856	3'377	7'737	13'234
3.061	Umsetzung eines Authentifizierungsdienst der Schweizer Behörden (AGOV)	4'450	5'600	3'000	500
2.084	Digitale Vereinfachungen für Unternehmen durch erneuerte eBilanz (direkte und indirekte Steuern)	100	75	75	0
2.074	Weiterentwicklung von EasyGov	0	2'500	4'600	4'600
1.070	Erneuerung und Weiterentwicklung «iGovPortal.ch»	850	210	1'070	820
2.907	Schweizweite standardisierte Servicebausteine Payment und Signatur für Portale	0	0	1'500	1'500
	Total One-Stop-Government realisieren	5'400	8'385	10'245	7'420
3.077	Entwicklung elektronischer Führerausweis (mDL-Suisse) und elektronische Ausweis-Plattform (eAP)	0	300	700	0
3.081	Weiterentwicklung des TG4U als PoC für die Integration in kantonale und kommunale Systeme (DVS4U)	150	220	170	0
3.091	Massnahmen für Bund, Kantone, Städte und Gemeinden zur Einführung und Verbreitung der e-ID und des swiyu Ökosystems	0	0	470	1'000
3.905	E-ID Vertrauensinfrastruktur (Unterstützung Einführung und Prototypen)	0	0	360	1'500
	Total E-ID und Vertrauensinfrastruktur schweizweit einführen	150	520	1'700	2'500



INM	Massnahmen	2024	2025	2026	2027
4.016	Umsetzung Nationaler Adressdienst (NAD) plus Pilotierungen	350	300	1'800	3'200
4.024	Aufbau/Weiterentwicklung des Schweizer Datenökosystems/ dazugehöriger Datenaustauschinfrastrukturen	1'360	1'100	1'100	1'100
4.031	Optimierung OGD und beschleunigte Mehrfachnutzung	450	550	250	200
4.044	Koordination Datenmanagement in den Kantonen	541	476	456	466
4.076	Ausbildungsangebot im Bereich Datenmanagement	0	120	120	120
	Total Wertschöpfende Datennutzung fördern	2'701	2'546	3'726	5'086
5.080	Cloud-Leitfaden der DVS	0	0	226	650
5.089	Prototyp «Open-Code-Austauschplattform» für die öffentliche Verwaltung der Schweiz (Gemeinden, Kantone, Bund)	0	0	412	288
5.901	Anschubfinanzierung von Cloud- und Open Source-Projekten	0	0	1'362	2'062
	Total Cloud-enabled-Government ermöglichen	0	0	2'000	3'000
	Total Projektbeiträge	10'107	14'828	25'408	31'240



LSP	Leistungsschwerpunkt*	2024	2025	2026	2027
1	Förderung der Standardisierung und Harmonisierung von technischen und fachlichen Prozessen	250	250	250	250
2	Innovative Projekte fördern	200	200	200	200
3	Kenntnisse des Nutzenpotenzials von digitalen Prozessen bei der öffentlichen Verwaltung fördern	200	200	200	200
4	Vertrauen der Bevölkerung und Wirtschaft in elektronische Behördenleistungen stärken	150	150	150	150
5	Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen anbieten	60	60	60	60
6	Verwaltungsübergreifende Gesamtarchitektur fördern und festigen	100	100	100	100
7	Einsatz und Unterstützung von Arbeitsgruppen	300	300	300	300
8	Konditionserklärungen und AGB	50	50	50	50
	Total	1'310	1'310	1'310	1'310

Anmerkung:

* durch die Grundfinanzierung der DVS gedeckt